

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

29.6.1922 (No. 148)

Expedition:
Karlsruher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptgeschäft-
leiter
E. Amend.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 M. — Einzelnummer 1.— M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Beitreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Wachsende Tatkraft.

In der Berliner „Noten Fahne“ ist dieser Tage behauptet worden, daß die mit der Verfolgung der Mörder Rathenaus betrauten Persönlichkeiten selber mit ihren Anschauungen auf Seiten der Reaktion ständen. Der eine von ihnen habe sich bisher nur im Kampf gegen Kommunisten und Arbeiterorganisationen betätigt, ein anderer sei der Verbindungsmann der Abteilung Ia im Oberschlesischen Selbstschutz in Breslau gewesen und habe dort die engsten Beziehungen zu den Ortschaftsführern unterhalten. Ein dritter sei gleichfalls Vertrauensmann der Ortschaft, und es stehe von ihm fest, daß er die dem Polizeipräsidenten bekannten Nachrichten, die für die Reaktion wichtig waren, verraten und gewisse Leute von der rechten auf Hausfuchungen aufmerksam gemacht habe, die bei ihnen abgehalten werden sollten.

Wenn diese Behauptungen zuträfen, hätte man sich allerdings von der Aktion der Berliner Kriminalpolizei nicht viel Gutes versprechen können. Nun wird aber heute gemeldet, daß es bereits gelungen sei, die Namen der drei Mörder Rathenaus festzustellen. Leider sind alle drei aus Berlin entflohen. Doch hofft die Polizei, sie ergreifen zu können, da sie offenbar nicht über größere Geldmittel verfügen und auch keine Pässe besitzen, die ihnen ein Entweichen ins Ausland ermöglichen. Wir dürfen diesen Erfolg der Berliner Polizei mit Genugtuung feststellen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch die weiteren Schritte der Polizei so beschaffen sein werden, daß sie jene Behauptung der „Noten Fahne“ durch die Tat widerlegen.

Die drei Mörder gehören, wie ja nicht anders zu erwarten war, ebenfalls der Organisation C an und waren früher Angehörige der Brigade Erhard. Die letzte Hoffnung aller Reaktionen, daß sich nämlich die Mörder als Ausländer entpuppen würden, fällt damit ins Wasser. Wenn man jetzt bedenkt, mit welchem Selbstbewußtsein Mitglieder dieser Organisation C als Zeugen in dem Offenburger Schwurgerichtsprozeß gegen Killinger auftraten, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Aussagen solcher Leute genau so gewertet wurden, wie die Aussagen anderer, u. a. bescholtener Personen, so wird man am besten erkennen, wie wenig doch die bestehenden Gesetze und die bestehenden Vorschriften ausreichen, um jenes reaktionären Mordertums wirklich Herr zu werden.

Heute wird wahrscheinlich niemand mehr bestreiten wollen, daß ein jedes Mitglied der Organisation C von vornherein als verdächtig zu betrachten ist, und daß demnach auch ihre Aussagen als Zeugen beurteilt werden müssen. Nach den „sittlichen“ Grundsätzen, die bei diesen Leuten herrschen, ist es selbstverständlich, daß einer den anderen heraushaut, und sei es auch auf die Gefahr eines Meineides hin. Nach der Geistesverfassung dieser Leute ist die Pflicht, den bedrohten Kameraden herauszupauken, eben die höhere, der sich alle anderen moralischen Verpflichtungen unterzuordnen haben. Man erfährt aber auch daraus wieder, daß man nur mit einer Erweiterung und Verschärfung der bestehenden Gesetze und Vorschriften im Kampf gegen diese Mörderorganisation etwas erreichen wird.

Erfreulicherweise scheint das Reichskabinett fest entschlossen zu sein, eine solche Erweiterung in wirklich umfassender Form herbeizuführen; und zwar soll der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik, der im allgemeinen auf den Verordnungen des Reichspräsidenten basiert, weit schärfere Bestimmungen enthalten, als ursprünglich geplant war. Daß die Ministerpräsidenten der Länder, die heute in Berlin weilen, den Entwurf des Reichskabinetts ebenso zustimmen werden, wie die große Mehrheit des Reichstags, ist ohne weiteres anzunehmen.

Eine Ausnahme dürfte lediglich Bayern machen. Nach den Ausführungen zu urteilen, die gestern Graf Verchenfeld im Bayerischen Landtag gemacht hat, ist damit zu rechnen, daß Bayern sehr energisch versuchen wird, den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik im Sinne einer Verwässerung zu beeinflussen. Einer der Gründe, weshalb sich die bayerische Regierung mit dem Inhalt der Reichsverordnungen nicht abfinden will, ist die Ausdehnung des Schutzes auch auf die früheren republikanischen Regierungen und deren Mitglieder. Würde diese Auffassung des bayerischen Ministerpräsidenten faktisch Geltung gewinnen, so könnten wir sicher sein, daß das von den Rechtsradikalen geradezu so geäußert werden würde, als ob nun der neue Staat die Mitglieder der frühe-

ren republikanischen Regierungen für vogelfrei erklärt. Und Scheidemann wäre wohl der erste, der dafür mit seinem Leben zu zahlen hätte.

Wir müssen gestehen, daß wir dem Gedankengang des bayerischen Ministerpräsidenten nicht folgen können. Graf Verchenfeld weiß doch genau so, wie alle andern Volksgenossen, daß der mörderische Kampf der Rechtsradikalen nicht nur den gerade amtierenden Ministern gilt, sondern überhaupt allen Vertretern der neuen Staatsidee, die bisher an amtlicher und hervorragender Stelle für diese Staatsidee gewirkt haben.

Auch die weiteren Bedenken des Grafen Verchenfeld, die vor allem in der Abneigung gegen den zu errichtenden Staatsgerichtshof gipfeln, vermögen wir nicht zu teilen. Wenn man sich wirklich auf den Standpunkt stellt, daß diese neuen Vorschriften einen Eingriff in die Justizhoheit der Länder bedeuten, so darf man doch nicht außer Acht lassen, daß diese Vorschriften durch eine Zwangslage einfach geboten sind, und daß sie ja nur für eine ganz bestimmte Zeitdauer in Betracht kommen. Jeder Freistaat, der selber ein Interesse an der Bekämpfung jenes reaktionären Mordertums hat, wird die neuen Vorschriften nicht nur hinnehmen, sondern sie geradezu willkommen heißen als eine brauchbare gesetzliche Grundlage in jenem Kampf.

Wenn aber gerade Bayern hier wieder eine Ausnahmestellung beansprucht, so ist doch vielleicht die Frage aufzuwerfen, ob denn nicht gerade in Bayern die Urheber zu suchen sind, die man für diese ganze Mordpropaganda des Wortes und der Tat verantwortlich zu machen hat. Daß die Organisation C, der ja nun auch wieder die Ermordung Rathenaus zur Last zu legen ist, in München ihren Sitz hat, wird ja wohl auch in Bayern nicht unbekannt sein. Auf andere Vorkommenisse der letzten Monate wollen wir bei alledem gar nicht eingehen.

Was wäre, wenn . . . ?

Von Kurt Zuchowitsch

Zwei Tage vor der Ermordung Rathenaus erschien in der Berliner Zeitschrift „Die Weltbühne“ folgende (von uns nur mit geringfügigen Streichungen weitergegebene) Aufsatz, der in der Form einer Phantasie-Erzählung, einer Erzählung also, die den Ereignissen voraussetzt, schildert, wie es bei dem mit Erfolg gekrönten Putsch der Reaktion in Berlin zugegangen ist. Wir betonen: in Berlin. Der Artikel ist interessant und lesenswert unter allen Umständen. Wir glauben nicht, daß das mit großem Optimismus gezeichnete Phantasiebild des Verfassers jemals Wirklichkeit werden wird, — wenn die Republik sich endlich zum Völkerkampf aufrafft. Tut sie das aber nicht, so könnten die Ausführungen Zuchowitschs allerdings die Bedeutung einer Prophezeiung bekommen, die restlos eingetroffen ist. Red.

... Und wenn alles vorbei sein wird: die rauschenden Durchzüge der Truppen mit Militärmasse, die Schiffe, das Geschrei, die wild hochgehenden Preise, die Geruch-Republikan an den Straßen, die so bald und so blutig zertrümmert wurden, wenn sogar die Börse wieder funktioniert und die ersten Zeitungen scheu und zensurverängstigt aus der Erde kriechen — dann werden sich die Leute ansehen und überlegen: Was ist denn vorgegangen?

Angesprochen hatte es . . . Ja, angesprochen hatte es eigentlich gar nicht. Man las in den Zeitungen täglich von großen Demonstrationen der Monarchisten — aber weil das Polizeipräsidentium und „alle in Frage kommenden Dienststellen“ übereinstimmend erklärten, damit habe es nichts auf sich, beruhigte man sich bald wieder und fuhr friedlich in die Sommerfrische. In den heißen Strandburgen laßen Herr Müller und Herr Meier von den Versammlungen am Johannisstag — Ludendorff hatte in Caub die Republik behauptet, in Berlin hekte Wulle, die Polizei stand Bewehr bei Fuß, und niemand in der Republik wagte einzufreien. Der Seewind ließ knisternd Sand in die sonnenbeschienenen Zeitungspapieret rinnen — da lagen sie, und niemand kümmerte sich darum. In Vorkum besprengten die Hunde die schwarz-rot-goldene Flagge — die Republik schwiag. Und dann kamen die meisten nach Hause zurück, weil es Mitte August war und die Kinder wieder in die Schule mußten — und dann . . .

Ja, sie waren einfach eines Nachts da. Woher sie kamen und wie und warum, und wer das vor allem war, der da die Straßen füllte und eine Menge Leute aus den Weiten holte — „Sofort öffnen! Oder wir schlagen die Tür ein!“ — das wußte man alles gar nicht. Man wußte nur eines: Sie waren da.

Der graue Regenmorgen war so verhängt wie alle Berliner Fenster. Die Straßen blühten still. Keine Wagen, kein Wagen, nichts. Nur die Schritte vieler Fußgänger trappeten auf den Trottoirs. Im Zentrum der Stadt alles abgeperrt — die freien Straßen schwarz von Menschen. Es brauste von Gerichten: Vieles war übertrieben. Aber so viel hatte man doch bald heraus:

Die neue Regierung hatte sich in aller Stille in Bayern konstituiert. München war sofort ab- und un- gefallen. Ostpreußen hatte mit der Abtrennung gedroht und so alle Beamten auf seine Seite gebracht. Vom flachen Land lauteten die Nachrichten verschieden. Die Truppen-sammlungen hatten zu „Mandberzmeden“ stattgefunden, die höheren Offiziere der Schutzpolizei hatten sich „zur Verfügung“ gestellt — und die Regierung? Der Regierung war es nicht gut gegangen.

Die Automobilstraßen hatte man dieses Mal sorgfältig abgeperrt: so konnte sie nicht wieder — wie damals beim Kapp-Putsch — nach Dresden verreisen. Ein Minister war erschossen worden; wie es hieß, bedauerte das die Regierung — schon aus dem Grunde, weil sie ihnen allen den Prozeß machen wollte. Sie saßen sämtlich hinter Schloß und Riegel. Die Menge summt. Und sah sich in Berlin um.

Ganze Viertel hatten Schwarz-Weiß-Rot geflaggt. Kleine Kolonnen gingen umher und verlangten stürmisch die Entfernung der Agenten aigus von dem Wort „Café“ — feufzend stiegen die Cafetiers auf die Leitern, die sie schon im Jahre 1914 zu gleichem Zweck angelegt hatten.

Es wimmelte von Uniformen. Bunte Friedensuniformen und feldgraue Kriegsuniformen und ganz veraltete Zoll- und Gendarmen-Uniformen — und alle Herren mit schlep-pendem Säbel und blinkendem Monofil und einem weißlin-sirahlenden Blick: „Recht sind wir dran!“ Besonders in den westlichen Vororten tauchten viele Männer im Stahlhelm auf — sie trugen eine Binde am Arm und gehörten den ver-schiedensten „Wehren“ an. Sie forderten Ausweise ab, schnauzten, kommandierten und waren ständig von einem Mudel bewundernder Straßensjungen umschwärmt, denen ihr martialisches Aussehen mächtig imponierte. Und alle, alle hatten irgend eine Waffe.

Ohne Blutvergießen war es nicht abgegangen. Man hatte in Berlin insgesamt 124, nach andern Nachrichten 154, ra-dikale Führer erschossen, ohne Verhör, ohne Verfahren, „standrechtlich“, wie es hieß — offenbar nach vorher an-gesetzten schwarzen Listen. Die Leichen der Erschossenen wurden gesleddert, die Wohnstätten der Opfer waren verwüstet, ausgeraubt, dann versiegelt worden — die Angehörigen be-fanden sich sämtlich in Haft. Straßentämpfe hatte es an zwei Stellen gegeben — einen im Norden und einen im Osten (der mit Barrikaden). Beide Male waren die tapfern, aber überraschten Arbeiter von den Maschinengewehren hingemäht worden. Darunter auch Frauen.

Vom Bürgerturn wurde keine gewalttätige Gegenwehr ver-sucht.

Das Leben hatte sich schon nach fünf Tagen merklich ver-wandelt. Der alte preußische Kasernenhofstun-griff verheerend um sich. In den Amtszimmern, in den Be-trieben, in den Bureaus der Kaufleute — überall behandelte der Vorgesetzte seinen Untergebenen wieder wie weiland der Reserveoffizier seinen Puder. Tausend und abertausend wil-helmischer Kriegsabzeichen glänzten auf fadenhähnigen Nadeln, die Schnurdrähte waren streng nach oben gebürstet. Und alle, alle sagten es: „Gottgedank!“ Das hört jetzt auf! Jetzt kommt hier ein anderer Zug in die Wunde! Und er-lam. Mit der Aufhebung des Achtstundentages und des Betriebsrätegesetzes begann es — und in einer völligen Veränderung des allgemeinen Verkehrsstandes sicherte die Wandlung nach unten in die Regionen des täg-lichen Lebens. Das Land war ein einziger Kasernenhof.

Nur auf den Gerichten ging der alte Betrieb weiter — das waren die einzigen, die sich nicht erst umzustellen brauchten. (Der Verfasser schreibt von seinem norddeutschen Beobachtungsfreis aus. Sein Urteil kann die badische Justiz nicht herühren. Red.)

Die Zeitungen erschienen wieder. Langsam, ganz langsam ebhte die ungeheure Aufregung ab. Und man erfuhr:

Der Rektor der Universität Berlin hatte in einer zündenden Ansprache die neue Regierung willkommen geheißen, und die alldeutschen Verbände der Studentenschaft, die schon unter der Republik an den Tafeln der Vorhalle „Für Kaiser und Reich!“ amonciert hatten, schienen fauchend zugestimmt zu haben. Hier zeigte sich, wie gut und sorgfältig man vorgegearbeitet hatte: fast alle Studenten waren bewaffnet bis an den Stehstragen.

Selbstverständlich war Ludendorff mit von der Partie. Zwei Tage hatte er sich vorsichtig im Hintergrund gehalten — als er die Stabilität des neuen Unternehmens sah, trat er offiziell, in voller Kriegsbemalung, hervor.

Die Presse drückte sich äußerst zaghaft aus. Die Zeitungs-unternehmer hatten in einer gemeinsamen Konferenz ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, nach dem ersten Schock der Unter-brechung vor allem einmal wieder zu erscheinen — „die Presse sei gerade in dieser harten Zeit notwendig wie das liebe Brot“. Sie wurden alle unter Vorzensur gestellt. Und erschienen. Und spiegelten ihre Zeit. Und so sahen sie auch aus.

Die Rechtspresse jubelte ungehemmt. Sie, die oor-her von nichts gewußt hatte, die alle Warner und Propheten verhöhnt hatte, sie hätten vielleicht den „Hibschlag“ — sie floß über die Länder vor Freude. Das man ihre Ar-tikel, so mußte man glauben, Deutschland sei vier Jahre hin-durch von blindwütigen Bolschewisten regiert worden und käme nun endlich wieder an die einzige redemäßige Gewalt. Spal-tenlang berichteten die nationalen Blätter in alten Hoffil von Ordensverleihungen, Empfängen und würdevollen Aus-fahrten. Die Bevölkerung sei, mit Ausnahme der Häftlinge, vollständig auf Seiten der neuen Regierung. Auch unter den Arbeitern dämmerte es. Es ging zu wie im Krieg.

Die Presse war notwendig wie das liebe Brot. Das liebe Brot kostete in den ersten Tagen der Aufregung 48 Mark — aber das hatte sich bald gelegt, als die Wulle-Garden vier jüdische Bäcker aufgehängt hatten. Von da an taufte man — mit einer Handgranate — bei den Juden umsonst; bei den

Mit einer Beilage: 61. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

ändern sollte das Brot mit Genehmigung der Behörden
60 Par 1.

Der Boden der gegebenen Tatsachen war überfüllt. Sie
standen alle darauf. Sie pakteten sich an. Sie arbeiteten am
Wiederaufbau des Vaterlandes. Holzbock beschrieb die Schnur-
bürste der neuen Regierungsmänner und verwechselte in der
Aufregung noch mehr Fremdwörter als sonst. Andre alle
Frauen trugen die Regimentsabzeichen ihrer Söhne als
Broschen, was ihnen ein wilkingsches Aussehen verlieh. Die
Kinos gaben den hundertfünfundachtzigsten Teil von „Friede-
ricus Rex“ und machten damit — wie so oft im menschlichen
Leben — ein gewaltiges Geschäft. Bejahrte apoplektische
Männer saß man durch die Straßen laufen — sie sangen
Lieder von Theodor Körner, dem bekannten christlichen Lis-
taker, und fühlten sich trotzdem ganz gesund.
(Schluß folgt.)

Politische Neuigkeiten.

Die Mörder Rathenaus festgestellt.

Bereits am Dienstag ist das Auto, in dem die Mörder
Rathenaus gefahren sind, von der Polizei ermittelt worden.
Nunmehr ist es der Abklärung gelungen, die Mordtat in vollem
Umfange aufzuklären und die Täter festzusetzen. Die Täter
sind:

1. Tschow, Ernst Werner, 21 Jahre alt, in Berlin geboren
und zuletzt in Berlin wohnhaft, 1,78 Meter groß, dunkelblond,
geschneiteltes Haar, voller Mund, bartlos, rundes Kinn, gesunde
frische, gebräunte Gesichtsfarbe, schlankte Gestalt, Kleidung:
Trauer-Jacketanzug, lange Beinkleider, weißer Filzhut.

2. Fischer, auch Vogel genannt, mit Spitznamen „Pöcheur“
genannt, früherer Aufenthaltort Jöhda in Sachsen, aus Chem-
nitz, nicht älter als 25 Jahre, 1,75 bis 1,78 Meter groß, hell-
blond, hohe Stirn, braune Augen, Gattennase, spitzer Mund,
bartlos, blaßes, schmales, aber gesundes Gesicht, schlankte Ge-
stalt, sächsische Mundart, Kleidung: blauer, zweireihiger Sacco-
anzug, gelbe Halbhuhe, gelber Regenmantel, weißer Hals-
ragen, lange Krawatte.

3. Knauer, auch Körner und Kern genannt, gleichfalls
nicht älter als 25 Jahre, 1,73 bis 1,75 Meter groß, hellblond,
hohe Stirn, blaue Augen, Sattelnase, bartlos, spitzer Kin-
breites Gesicht, gebräunte, gesunde Gesichtsfarbe, kräftige
breitschultrige Gestalt, Mecklenburger Dialekt, Kleidung:
blauer, zweireihiger Saccoanzug, schwarze Stiefel, weißer
Stiefelragen, kleine schwarze Krawatte, Filzhut.

Die drei Genannten gehören der Organisation C an und
waren früher Angehörige der Brigade Gerhardt. Der unter 3
genannte Knauer (Körner, Kern), war während des Kapp-
putsches bei der sogenannten Stabswache der damaligen Kapp-
schen Reichsregierung tätig. Festgenommen sind die drei Täter
bisher noch nicht. Sie haben sich aus Berlin entfernt. Da sie
nach den polizeilichen Feststellungen zurzeit der Tat nicht über
große Geldmittel verfügten und auch keine Pässe besaßen, ist
damit zu rechnen, daß die Täter sich im Inlande aufhalten.
Fischer ist am Sonntagabend mit dem D-Bus 8 Uhr 35 Min.
nach Halle abgefahren. Die beiden anderen haben vermutlich
am Dienstag Berlin verlassen und sich nach Norden zu begeben.

Eine Anzahl weiterer Personen, die der Mordtaterschaft über-
führt ist, ist von der Berliner politischen Polizei bereits ver-
haftet worden.

Das Auto, von dem aus der Mord an Rathenaus verübt wor-
den ist und das nach der Angabe einiger Zeugen in der Rich-
tung auf Wannsee geflüchtet war, ist in einer Garage im Ber-
liner Westen von der Polizei entdeckt worden. Über Herkunft
und Besitzer machte der Garageinhaber nach dem „Tageblatt“
folgende Angaben:

„Am Vorabend des Mordtages kam zu ihm ein Chauffeur,
der erklärte, er wolle seinen Wagen bei ihm unterstellen. Sein
Herr würde erst am nächsten Tage kommen können und dann
die Garage für mehrere Tage mieten. Der Chauffeur erklärte

dann, daß er eine längere Fahrt über Land hinter sich habe
und daher den sehr verstaubten Wagen reinigen müsse. Dies
tat er dann auch. Am anderen Morgen kam der Chauffeur
wieder mit dem Bemerkten, er müsse jetzt seinen Herrn mit dem
Automobil irgendwo abholen. Sie würden dann zurückfahren,
um die Garage zu mieten. Der Garagebesitzer willigte ein,
und der Chauffeur fuhr mit dem Auto davon. Es war dies,
wie jetzt festgestellt werden konnte, kurze Zeit vor Verübung
des Attentats. Mehrere Stunden, nachdem der Mord verübt
war, kehrte der Chauffeur mit dem Wagen zurück, wieder ohne
seinen angebliehen Herrn. Auch diesmal war der Wagen sehr
verstaubt, so daß der Garagebesitzer annahm, der Wagen müsse
wieder eine Überlandfahrt gemacht haben. Abermals erklärte
der Chauffeur, daß der Besitzer des Wagens später kommen
würde, und entfernte sich. Nun kam der Chauffeur nicht mehr
wieder, und von dieser Zeit an kümmerte sich niemand mehr
um den Wagen.

Über die Farbe des Wagens gehen die Mitteilungen aus-
einander. Nach dem „Tageblatt“ ist der Wagen blau, nach der
„Vossischen Zeitung“ braun. Wie leicht man sich aber über
Farben täuschen kann, beweist die Tatsache, daß das zweite
Auto, das gleich nach dem Mord an der Mordstelle vorbeifuhr,
von allen Zeugen übereinstimmend als ein rotbrauner
Wagen geschildert wurde, während er nach der „Vossischen
Zeitung“ einen tiefdunkelblauen Anstrich hat.

Die Polizei fahndet jetzt nach dem Chauffeur des Mord-
autos, dessen Signalement feststeht. Dieser Chauffeur ist na-
türlich kein Berufschaffeur, sondern einer der Mitverschwo-
renen.

Einer der Mörder ergriffen!

Bei Redaktionschluss erhalten wir folgende Meldung:
W. L. B. Berlin, 29. Juni. Einer der Mörder des Außen-
ministers Rathenaus, der 21jährige Ernst Werner Tschow, ist
in der Nähe von Frankfurt a. d. O. verhaftet worden. Es ist
derjenige, der das Auto gesteuert hat. Die Meldung, daß auch
die beiden andern Mörder ergriffen seien, bestätigt sich nicht.

Beratungen der Reichsregierung.

Im Laufe des Dienstag Nachmittags fand eine Besprechung
mit den Führern der Koalitionsparteien statt, an der neben dem
Reichskanzler Dr. Brüning und dem Vizepräsidenten Bauer In-
nenminister Dr. Köster, Justizminister Dr. Brüning und Er-
nährungsminister Fehr teilnahmen. Die Erörterungen dreh-
ten sich im Rahmen einer Aussprache über die allgemeine po-
litische Lage, hauptsächlich um den Gesetzesentwurf zum Schutze
der Republik und den Gesetzesentwurf über die Verbrechens-
sachen, dessen Verabschiedung ja durch die heutigen, nur den wech-
selnden Mehrheiten zuzuschreibenden Abstimmungsresultate wei-
terhin gefährdet ist. Gestern wurde lt. „Frl. J.“ berichtet,
daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Abend über
ihre endgültige Stellungnahme zur Höhe der Anlagemenge
und des Preises beraten werde. Die Fraktionen des Zentrums
und der Demokraten hätten die Absicht, zu versuchen, eine
Verständigung mit der Deutschen Volkspartei herbeizuführen.
Diese Besprechungen sollen heute mittags 12 Uhr in einer in-
terfraktionellen Aussprache fortgesetzt werden.

Forderungen zum Schutze der Republik.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbun-
des hat in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewer-
kschaftskongresses sich mit dem Vorstand des Afabundes und den
politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt. In ge-
meinschaftlichen Beratungen sollen der Reichsregierung und
dem Reichstage eine Reihe von politischen Forderungen unter-
breitet werden, die in folgender Kundgebung enthalten sind:

„An die Regierung und an den Reichstag. Das Gesetz zum
Schutze der Republik muß enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchi-
schen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und
Schrift. Bestrafung auch derjenigen, die solche Agitation
oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie
verherrlichen, belohnen und begünstigen. Verbot und sofortige
Auflösung aller monarchistischen und antirepublikanischen Ver-
bindungen. Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben.

Münchener Lebensfragen.

München, Ende Juni.

Wenn offiziell von Münchener Lebensfragen gesprochen
wird, hört man auch heute noch, oder heute wieder, nur die
beiden Schlagworte „Kunst“ und „Fremdenverkehr“. An
die Stelle der dynastisch-königlichen Förderung der Kunst
in München ist eine zielbewusste, tatkräftige republikanische
Kunstförderung getreten, aber die beiden Hauptfaktoren des
Münchener Lebens, Kunst und Fremdenverkehr, scheinen sich
doch noch entschieden gegenseitig zu bedingen als vorher.
Unter der kunstverwöhnten Münchener Bevölkerung sind
leider nur verschwindend wenige Neu-Reiche zu zählen gegen-
über sehr vielen Neu-Armen, die wegen der geringwertigen
Leistung ihrer Papiergeldmittel von dem Besuch der Theater und
Konzerte, von Kunstausstellungen und gar von dem Kauf von
Kunstgegenständen ausgeschlossen sind. Aber an die Stelle
dieser unglücklichen Neu-Armen ist ein überzähliger Er-
satz von Neu-Reichen aus der edlen Kunst der Spekulanten,
Schieber und der salutarischen Fremden getreten. Wer heute
durch die Räume der Kunstausstellung im Glaspalast, der
Deutschen Gewerbeausstellung oder irgend eines Münchener Waren-
hauses wandelt, wird erstaunt sein, wie sich hier jetzt schon,
in der Reise-Voraison, das ausländische Publikum breit
macht und unsere seltlichen und besten Werke aufkauft gegen
die wohlfeil eingetauschten, imaginären Bons unserer mis-
serablen Valuta. Und trotzdem erhob sich dieser Tage ein mäch-
tiges Geheul der „Interessenten“, daß der Zustrom der Frem-
den zu wünschen übrig lasse, der für den Sommer noch spär-
licher zu werden drohe, weil die Preise München und das
böhmische Hochland als eine Halle bezeichnet hatte, die mit
größter Raffinerie und Dreistigkeit aufgestellt sei, um
harmlose Geldbesitzer bis aufs Hemd auszuplündern.

An der Nähe des lieblichen Schliersee, das durch sein
Bauerntheater in der alten und neuen Welt berühmt gewor-
den ist, steht in einem romanischen Waldtal am Fuße der
„Roten Wand“ ein beliebtes Einteilungshaus, die „Wurz-
hütte“, wo man neben anderen Erfrischungen „echten“ Ge-
birgsgetränk (aus einer Münchener Schnapsfabrik) trinkt.
Werkwürdig, daß das Wort „wurzeln“ bei uns eine ganz
bedeutungsvolle Bedeutung gewonnen hat. Das getreue Zeit-
wort „wurzeln“ bedeutet soviel wie „neppen“. Und so hat
sich bei uns der Spruch herausgebildet, München, Oberam-
tsgau, und das ganze bayerische Hochland sei eine einzige
„Wurz hütte“ für die Fremden geworden. Daß wir Einhei-

mischen in dieser Wurz hütte das gleiche Leid tragen wie die
gewurzen Fremden, auf die es — aus patriotischen Grün-
den! — abgesehen ist, das sieht die verschmitzten Wurzelsp-
el nicht an.

Ja! — aus patriotischen Gründen! Die Fremden kommen
angeblich zu uns, um uns mit dem Dietrich ihrer Farben
Valuta auszurauben und — werden angeblich zu unserem
allgemeinen Besten ausgeraubt. Aber auch bei diesem un-
sauberem Handelsverkehr hat sich gezeigt, daß der den Mün-
chen zieht, der bei seinen handels- oder raupolitischen Hän-
den von der Erwägung ausgeht, daß der andere ihn mehr
braucht als er den anderen. Auch die reichsten Valutarier
lassen sich der Münchener Kunststadt, Oberammergau und
dem bayerischen Hochland zuliebe nicht gerne „wurzeln“.
Darum protestierte man offiziell dagegen, daß besagte Gegend
eine einzige Wurz hütte sei und ermahnte gleichzeitig alle
Wurzelspellen, ihr Handwerk vorfichtiger und anständiger aus-
zuüben. Als Tatbestand kann auch festgestellt werden, daß
die Hoteliers bei uns nicht schlimmer sind als anderswo, und
daß die hohen Preise nicht bloß dem Fremden, sondern auch
dem Einheimischen deshalb aberlangt werden müssen, weil
eben — bei uns alles am teuersten ist! Darum meine ich,
daß unsere erste und oberste Münchener Lebensfrage nicht die
Kunst- und Fremdenverkehrsfrage ist, sondern die Frage, wie
der in München alles Maß übersteigende Teuerung und
Preistreibeerei abgehoben werden könnte?

Während unsere „Ordnungszelle“ nach dieser Richtung auf
ein wirklich totes und tobendes Gleise geschoben zu sein
scheint, ist in den Münchener und Bayerischen Kunstfragen
ein entscheidender Wille zur Tat und da dort auch eine
glückverheißende Tat zu tun. Bei der Beratung des Kul-
tusetats im Landtag behandelte der Kultusminister Dr.
Matten die Grundfrage des künstlerischen Fortschrittes, die
Kunstförderung mit größter Liebe und weitschauendem
Verständnis. Die Regierung verschmäht nicht, den Weg der
praktischen Kleinarbeit zu gehen, der aber zum Ziele führt
als die Ausprägung hoher Kunst auf kulturelle Bildung,
wie man es bei dem fürstlichen Maxentum oft erlebt hat.
Eine Arbeitsgemeinschaft soll angebahnt werden zwischen den
Kunstschulen der Stadt München und der staatlichen
Kunstgewerbeschule. Die Arbeitsgemeinschaft soll der Kunst-
gewerbeschule und auch der Akademie der bildenden Künste
gestalten, begabte Schüler der staatlichen Schulen an staatliche
Hochschulen zu verweisen. Für den Eintritt in die staatlichen

Sofortige Beseitigung aller monarchistischen Embleme in öf-
fentlichen Gebäuden und Anstalten. Bestrafung jeden An-
griffes in Tat, Wort oder Schrift auf die republikanischen
Farben und Fahnen. Strenge Vorschriften zur Säuberung
der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte
und der Reichswehr von allen monarchistischen oder antirepu-
blikanischen Elementen. Aufhebung derjenigen Rechte, die
dieser Säuberung entgegenstehen. Verbot des Tragens von
außerhalb des Dienstes. Verbot des Uniformtragens für ehe-
malige Offiziere. Unterjagung weiterer Ernennung von Re-
servenoffizieren. Einsetzung eines außerordentlichen Gerichts-
hofes in Berlin, dessen Kammer aus je einem Richter und
sechs Laienmitgliedern bestehen, die vom Reichspräsidenten zu
ernennen sind. Übertragung der Anklageerhebung an einen
vom Reichspräsidenten zu ernennenden republikanischen
Reichskommissar. Schaffung einer Reichsjustizverwaltung, insbeson-
dere einer Reichskriminalpolizei. Vorschriften zur Erleichterung
der Verhaftung und Anordnung sofortiger Verhaftung
solcher Personen, die gegen Gesetze zum Schutze der Republik
verstoßen. Bestimmungen über Beschlagnahme und Einzie-
hung des Vermögens der Verurteilten, sowie über Entziehung
von Pensionen und Bezügen. Die Geltungsdauer des Gesetzes
ist zunächst auf mindestens zwei Jahre festzusetzen. Vom
Reichstag erwarten wir, daß er dieses Gesetz in kürzester Frist
verabschiedet und nicht früher auseinandergeht, bis es in
Kraft getreten ist. Unabhängig hiervon fordern wir: sofortige
Amnestie im Reiche und in den Ländern für alle wegen poli-
tischer Vergehen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die
im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen ha-
ben. Amnestie auch für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks
zur Verantwortung gezogenen, Einstellung aller aus demsel-
ben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese
Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen
der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.
Von den Gewerkschaftsmitgliedern und den gesamten Arbeit-
ern Deutschlands verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, ge-
schlossene Disziplin, festen Willen und Bereitschaft zur Unter-
stützung unseres Vorgehens, sobald wir sie dazu aufrufen. Von
Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes, die uns
wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen
Republik zugesichert haben, fordern wir jetzt eine starke Ein-
wirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Ein-
tente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den
Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen
Agitationsstoff liefert, Kat. endgültig abläßt.

An alle republikanisch gesinnten Organisationen richten wir
die Aufforderung, sich unseren Forderungen anzuschließen und
auch ihre Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen. — Zur
Beschleunigung über die weiteren Maßnahmen und die Mit-
wirkung der gesamten Arbeitnehmererschaft sind die beiden Bun-
desausschüsse des A. D. G. B. und des Afabundes, noch für
diese Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.
Berlin, 27. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Leipert, Großmann,
Allgemeiner Freier Angestelltenbund: Aufhäuser, Urban,
Stehr.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Müller, Braun,
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Crispien, Dittmann.

Kommunistische Partei Deutschlands: Meyer, Koenen.

Maßnahmen der sächsischen Regierung.

Amlich wird mitgeteilt, daß die sächsische Regierung auf
Grund des Art. 48 der Reichsverfassung bis auf weiteres
monarchistische und nationalistische Veranstaltungen und Kund-
gebungen jeder Art verboten hat. Darunter fallen besonders
Regimentsfeiern und Sonnenwendfeiern. In der Mitteilung
heißt es:

„Die schändliche Ermordung des Ministers Rathenaus muß
die verfassungstreue Bevölkerung Sachsens um so mehr er-
regen, als sie in der letzten Zeit in Sachsen durch nationa-
listische Veranstaltungen besonders beunruhigt worden ist.“

Zu den angebliehen Enthüllungen der „Freiheit“ über eine
monarchistische Geheimorganisation in Sachsen hat die säch-
sische Regierung bisher noch nicht Stellung genommen.

Kundgebung des demokratischen Parteiorganes.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat in
seiner Sitzung vom 26. Juni 1922 folgende Kundgebung be-
schlossen:

Die Ermordung Walter Rathenaus hat auf die politische
Lage der deutschen Republik ein großes Licht geworfen.

Kunstschulen soll später die Beherrschung einer Handwer-
stechnik verlangt werden. Eine gemischte Kommission soll die
staatlichen Hochschulen prüfen und der Arbeitsgemeinschaft
anpassen. Für die Technische Hochschule und die Akademie
der bildenden Künste (Meisterklasse für Architektur) soll unter
Landesmann, der hervorragende deutsche Architekt G. Weste-
meyer, für die raumkünstlerische Meisterklasse der Aka-
demie Bruno Paul gewonnen werden. Gelänge es zu-
dem noch, Max Steudtger, den mit dem Münchener Kunst-
leben verwachsenen Meister, von Berlin an die Münchener
Akademie zu ziehen — die Verhandlungen haben zu einer
Einigung geführt, es muß nur noch die ausbedungene
Wohnung für den Künstler beschafft werden — dann würde
die Architektur, Bildhauerei und Malerei an unserer Aka-
demie wieder führend vertreten sein und die notwendige, starke
Brücke zur angewandten Kunst geschlossen werden.

Reben der Deutschen Gewerbeausstellung, die die in
meinem letzten Münchener Briefe ausgesprochenen Hoffnun-
gen mehr und mehr erfüllt, je näher der Tag rückt, an dem
das große Werk vollendet daheist, zeigt auch die Kunst-
ausstellung im Glaspalast mit ihren rund 3000 Ar-
beiten, welche reiches, vielgestaltendes Leben die Aedern
Athenens durchpulst. Wie im vorigen Jahre fehlen „Schlager“,
aber das Niveau der Ausstellung bedeutet wieder einen Erfolg
der erststrebenden Münchener Kunst. Die Künstlergenossen-
schaft mit einer umfangreichen Schau gefälliger und kunst-
schöner Werte, die graphischen Bereinigungen, die Exzeption
mit ihren bewährten Meistern Habermann, Heinrich Hügel,
Carterich, Adolf Hengeler, Leo Samberger und natürlich auch
Gerterich, Adolf Hengeler, Meutner um jeden Preis“, die
wieder einer Reihe bizzarer Meutner um jeden Preis“, die
Kunstpoldgruppe, der Künstlerbund Bayern mit Bildern Ernst
Liebermanns, Urbans u. a., die uns in die Höhe tragen, die
„Freie Ausstellung“ und der Bayerische Kunstgewerbeverein
sind würdig vertreten, ebenso die Plastik, voran durch Kol-
lektivausstellungen der verstorbenen Meister Adolf von
Hildebrand und Ignatius Tasschner (neben plastischen
Werken viel feine Graphik und Buchkunst).

Nehmen wir schließlich hinzu, daß die musikalische Kunst in
München durch die Berufung Hans Knappertsbuschs
zum Operndirektor und die durch Siegmund von Hausegger
und Hermann von Waltershausen vortrefflich geleitete Aka-
demie der Tonkunst den sichersten und hoffnungsvollsten Hort
gefunden hat, so kann man diese Lebensfrage für Mün-
chen, die Kunstfrage als vorbildlich gelöst oder in der

Die verabschiedungswürdige Tot ist der Ausfluß der Bewegung des deutschen Volkes durch die antirepublikanische Propaganda. Sie hat eine tiefe und leidenschaftliche Erregung der breiten Volksmassen hervorgerufen. Deutschland und der Bestand der Republik sind heute eins. Sie allein kann den inneren Frieden wahren und gewährleisten. Auch der sogenannte „friedliche und verfassungsmäßige“ Kampf gegen die Republik führt uns in den Bürgerkrieg. Diese Lage fordert eine feste und entschlossene Stellungnahme von Volk, Parlament und Regierung.

Das deutsche Bürgertum muß sein unlares und schwaches Schwanken zwischen Bietät für die Vergangenheit und der Erkenntnis gegenwärtiger Notwendigkeiten aufgeben und ein tatkräftiger, unerschütterlicher Träger des neuen Staates werden; sonst ist seine politische Rolle ausgespielt. Das neue Deutschland fordert für seine Einrichtungen, seine Symbole, seinen geistlichen Aufbau, seinen politischen Geist Glauben und Kraft. Vor der Einheitstfront aller Republikaner, vor ihrem Willen und ihrer Geschlossenheit soll den Feinden der Mut vergehen. Der Tod Rathenaus und seine politischen Wirkungen müssen jedem Lebenden die Wahrheit enthüllen, daß Deutschland verloren ist, wenn die Republik nicht ihre Stärke zeigt.

Die Politik in den Parlamenten muß sich stützen auf den Zusammenschluß von Parteien mit klarem und entschlossenem Willen zum Schutze der Verfassung. Dem Aufbau und Ausbau der Republik hat diese Politik ohne Kompromisse zu dienen. Keine Koalition darf sie von dieser vornehmsten Aufgabe abbringen und in ihrer entschiedenen Durchführung lähmen.

Die Reichsregierung hat, gestützt auf entschlossene republikanische Parteien, durch ihre Nachmittage der Republik Ansehen und Respekt auch bei ihren Gegnern zu verschaffen. Angesichts der steigenden Bedrohung des Staates, die der Nord enthielt, hat sie den Kampf durch entschiedene und wirksame Maßnahmen aufgenommen.

Die Vorbildung der Jugend ist und bleibt unsere vornehmste Kulturfrage. Auf allen Stufen der Schulen und Hochschulen ist sie im Geiste der höchsten Achtung vor der Republik und der Verfassungstreue zu führen. Gegen Lehrkräfte, die sich an diesem Grundsatz und damit am deutschen Schicksal verstoßen, ist unerbittlich und unumschmeichelt vorzugehen. Das Personalreferat in allen Ressorts gehört ausnahmslos in die Hände hervorragender sachkundiger Republikaner.

Das Beamtendisziplinarrecht ist so zu ordnen, daß offene und geheime Gegner der Republik schnellstens darüber belehrt werden, daß man nicht Diener eines Staates sein und ihn gleichzeitig unterwühlen darf. Die Unabhängigkeit und Unabsehbarkeit der Richter ist ein hohes von der Demokratie erlangtes Gut. Eine strenge Prüfung der Befehle der einzelnen Gerichte muß es aber verhindern, daß nicht einzelne durch politische Leidenschaft verblendete Richter das Ansehen der Justiz gefährden.

Eine Reichsgerichtsstelle muß die Möglichkeit erhalten, Verträge gegen die Republik, ihre Verfassung und ihre Führer, unbeschadet von Respektmännern und bürokratischen Bedenken unmittelbar zu verfolgen die Ermittlungen durch eine Reichskriminalpolizei vorzunehmen, und für jede derartige Straftat die Zuständigkeit des in der Verordnung des Reichspräsidenten vorgesehenen Staatsgerichtshofs zu gründen.

Die in der Verordnung des Reichspräsidenten gefestigten, neuen strafbaren Verbrechen gegen die Verfassung und gegen die leitenden republikanischen Persönlichkeiten und das Ansehen republikanischer Einrichtungen sind als Verbrechen und höherrichterliche Unternehmungen zu betrachten. Der vorgesehene Staatsgerichtshof kann im Falle der Verurteilung Geldstrafen unbeschränkt bis zur völligen Vermögenseneinziehung verhängen, er muß in jedem Falle den dauernden Verlust der Eignung zur Bekleidung öffentlicher Ämter aussprechen.

Die intellektuelle Anstiftung die öffentliche Verherrlichung und die materielle Unterstützung derartigen Verbrechen und die Begünstigung der Täter sind als Mittäterschaft zu behandeln.

Die Deutsche Demokratische Partei hat in ihrem Aufruf an Rathenaus Lobestag den Kampf all denen angesetzt, die aus unserer Verantwortlichkeit den freien Mut entnahmen, an unsere Schwächen zu glauben. Sie sollen sich getäuscht haben! Die Republik ist stark, wenn sie stark sein soll!

Der Fortschritt aller aufbauenden und sittlichen Kräfte des Volkes muß mit allen geistigen Waffen auf allen Wegen der Erziehung entgegengesetzt werden, dem Verbrechen gegen den Staat mit allem Ernst, mit aller Schärfe, mit aller Wucht des Gesetzes.

Wir fordern alle Parteigehörigen auf, nach diesen Grundsätzen anflürend und eindringlich zu wirken.

Die Republik ist in Gefahr! Es lebe die Republik!

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei.

besten Lösung begreifen halten. Reichspräsident Ebert hat nicht übertrieben, wenn er München auf dem Gebiete der Kunst für den ersten Preis zuerkannt. Dätten wir nur nicht auf dem Gebiete der übrigen materiellen Lebenshaltung auch — die höchsten Preise! Dr. Friedrich Mühl.

Theaterkritik.

Die Meisterfinger-Aufführung.

Die unter Operndirektor Cortolozis Leitung nicht nur einen des festlichen Anlasses würdigen Verlauf nahm, sondern auch alle Schönheiten der unendlich reichen Partitur in bester Fassung bot, gestaltete sich zu einer einzigen Dankes- und Jubelstimmung an den Künstlerjubilar! Sein Hans Sachs, der in allen Vorzügen seiner edeln Vergeistigung viel und oft gerühmt wurde, zog wieder das bis auf den letzten Platz besetzte Haus in seinem Mann. Von besonderem Reiz erwies sich die vielfältigen Beziehungen, die sich zwischen der Rolle und ihrem meisterlichen Gestalter, Max Büttner, spannen, zumal das Publikum jede der zahlreichen Gelegenheiten des Gedränges zu herzlichen Ovationen für den Künstler nicht. Schon beim ersten Auftreten mit rauschendem Beifall begrüßt schlugen Hans Sachs-Wittner auf der Mezwiese jubelnde Dankesbezeugungen entgegen, die sich zum Schluß zu nicht endemüllenden Hervorrufen steigerten. In feinstimmiger Rede, die vom Grundgedanken seiner Künstlerchaft: hingebendsten Dienst am Werk getragen war, dankte Max Büttner für die herzliche Verehrung, die ihm an diesem Ehrenabend entgegengebracht wurde. Stürmischer Beifall rief ihn dann immer wieder auf die offene Bühne, wo die zahllosen äußeren Zeichen der Anerkennung und des Dankes aufgebaut waren.

In der Aufführung, die alle Mitwirkenden zu bestem Gelingen vereinigten, sang Herr Schwert den David. Seine schöne gesungene Leistung wurde unterstützt durch ein lebendiges, aus feinem Erfassen der Aufgabe schöpfendes Spiel. Als Götter gattete auf Verpflichtung Hilde von Alpenburg. Gegenüber zu der am Freitag als Magde gattierenden Dame, über deren völliges Verlagen kein Wort zu verlieren ist, machte dieses Schauspiel nach der gesungenen und darstellerischen Seite einen so guten Eindruck, daß man der Intention nur raten kann, hier zugreifen.

J. B. —.

Deutscher Reichstag.

Bei Eröffnung der gestrigen Sitzung gedachte Präsident Loebe des furchtbaren Eisenbahnunglücks auf dem Berliner Nordring und sprach den Verwundeten und den Hinterbliebenen der Getöteten das Beileid des Reichstages aus.

Der Nachtrag für 1922 wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. Dazu eine Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, die sozialen Zulagen für die Beamten der Geldverwaltung anzupassen. Der Gesetzentwurf über Erhöhung der statistischen Gebühren für den Warenverkehr mit dem Auslande wird debattelos in allen drei Lesungen angenommen; ebenso die Vorlage, durch die das Ermächtigungsgesetz zur vorübergehenden Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen bis zum 30. Juni 1923 verlängert wird. Das Gesetz über Abweichungen vom Biersteuergesetz geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss. Ein Zusatzabkommen zu einem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien wird in allen drei Lesungen angenommen. Ein deutsch-nationaler Antrag, die übrigen deutsch-polnischen Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs und betreffend das berg- und hüttenwirtschafliche Eigentum einem Ausschuss zu überweisen, wird abgelehnt. Ein Vertreter des auswärtigen Amtes bittet dringend, die sofortige Ratifizierung der Abkommen zu ermöglichen. Abg. Schulz-Weimberg (D.Nk.) bedauert, daß die spätere Vorlegung der Abkommen es den Parteien unmöglich gemacht habe, zu den Verträgen Stellung zu nehmen. — Die Abkommen werden sodann in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage. Der Ausschuss hat das Gesetz ursprünglich nur für den Steinkohlenbergbau bestimmt, jetzt aber auf alle Gruben ausgedehnt. Die allgemeine, durch Tarife festgesetzte Arbeitszeit soll danach gesetzlich bindend sein. Überstunden können durch allgemein verbindliche Tarifverträge vereinbart werden.

Abg. Söder (K.) beantragt, daß das Gesetz auch auf die Salinen ausgedehnt und die Schichtzeit auf längstens sieben Stunden festgesetzt wird.

Reichsarbeitsminister Brauns erklärt sich mit dem Ausschussbeschlüssen einverstanden, bekämpft aber die kommunistischen Anträge, die zu einer Produktionsminderung führen und die Durchführung des Gesetzes verzögern müßten.

Abg. Ripper (U.S.) und Abg. Janitsch (S.) stimmen dem Ausschussbeschlüssen zu.

Die Vorlage wird in der Ausschussfassung in 2. und 3. Beratung angenommen, dazu eine Ausschussentschließung, die eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auch für die Angestellten verlangt.

Es folgt die 2. Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes.

Die Regierung wollte die gewerkschaftliche Stellenvermittlung vom 1. 1. 1921 ab verbieten. Der Ausschuss will keine gewerkschaftlichen Stellenvermittler neulandspolieren und die vorhandenen der Aufsicht der Arbeitsnachweisdienste unterstellen. Weiter bringt die Vorlage den Antrag zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise und für die meisten Arbeitsgeber den Zwang zur Anmeldung offener Stellen.

Als Arbeitsnachweisdienste werden eingerichtet die öffentlichen Arbeitsnachweise, die Landesämter zur Arbeitsvermittlung und als Spitze das Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die Vorlage schafft keinen neuen Apparat mit einem neuen Beamtenheer. Die Zahl der Arbeitsnachweise wird eher vermindert. Maßgebend ist der Grundsatz voller Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Schutz der Minderheiten. Die Vorlage bedeutet einen wesentlichen Fortschritt; die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich. Wegen der im Herbst zu befristenden Arbeitslosigkeit ist das Gesetz unentbehrlich.

Abg. Kaiser (S.): Wir freigewerblich organisierten Arbeiter glauben, daß es nach den vielen Vorarbeiten möglich sein muß, das Gesetz rasch zu erledigen. Nicht verständlich ist es, daß die kirchlichen und die christlichen Gewerkschaften ihren eigenen Minister im Stich gelassen haben. Redner empfiehlt Währungsänderung, die ein Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung schon vom 1. Januar 1925 ab verlangen. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden nicht, wie der Ausschuss will, von der Meldepflicht ausgeschlossen werden.

Abg. Eber (K.): Das Gesetz ist ein geeigneter Unterbau für die kommende Arbeitslosenvermittlung. Ein Monopol der öffentlichen Arbeitsnachweise würde einen gesunden Wettbewerb verhindern, der nur nützlich wirken könnte. Von den Ausschussbeschlüssen kann das Zentrum nicht abgehen. Die Einzelheiten in der Arbeitsvermittlung wird durch die Landesämter gewährleistet. Das Gesetz ist ein Instrument zur Herstellung des Wirtschaftsfriedens.

Abg. Aufhäuser (U.S.): Im Ausschuss hat eine bürgerliche Mehrheit gegen die Stimmen der Arbeiterparteien eine Vorlage zustandegebracht, die durchaus nicht vereinbar ist mit dem neuen Kurs der Sammlung der republikanischen Arbeitnehmerschaft gegen den Teil, der rechts steht.

Reichsarbeitsminister Brauns: In den Parteien, die die Ausschussbeschlüsse gefaßt haben, sitzen auch republikanisch gesinnte Arbeiter.

Abg. Nieberg (D.Nk.): Ein Monopol für öffentliche Arbeitsnachweise würde untragbar sein. Den Handwerksmeistern muß die Möglichkeit gegeben sein, sich die geeignete Kraft heranzuziehen. Die Stellenvermittlung und die Berufsberatung müssen bei den Handwerkskammern bleiben.

Abg. Dr. Wolf (D. Rp.): Die künstliche Schaffung eines Monopols der öffentlichen Arbeitsnachweise würde einer einheitlichen Regelung der Sache schaden. Der Redner stimmt den Ausschussbeschlüssen zu.

Abg. Dr. Sid (Dem.): Am besten würde sich der Apparat der Arbeitsnachweisdienste völlig auf dem Boden der Selbstverwaltung aufbauen. Wir stimmen den Ausschussbeschlüssen zu. Die Häufung der vielen Instanzen sagt uns nicht zu. Wir werden jeder Vereinfachung zustimmen. Den Meldezwang lehnen wir ab.

Abg. Schirmer (D. Rp.): Das Gesetz darf nicht zu einer Schematisierung und Demokratisierung führen. Die Freiheit der Persönlichkeit muß unangefastet bleiben. Wir müssen Bewahrung dagegen einlegen, daß sich die Vertreter der sozialistischen Partei als die alleinigen Arbeitervertreter ausprägen. Wir stimmen dem Gesetz im ganzen zu.

Abg. Mahahn (K.): Die Arbeiter werden die arbeitserfindliche Tendenz des Gesetzes bald durchschauen.

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen mittag 1 Uhr vertagt; außerdem kleine Vorlagen.

Ein neuer französischer Reparationsplan.

Aus Paris, berichtet die „Frankf. Ztg.“ vom Dienstag: Seit dem Scheitern der Anleiheverhandlungen hat in Frankreich die Frage der deutschen Sachleistungen erneut an Aktualität gewonnen. Neben den Materiallieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, wie sie im Wiesbadener Abkommen vorgesehen sind, scheint man dabei neuerdings in wachsendem Maße daran zu denken, die Produktionskraft des deutschen Volkes in den Dienst größerer öffentlicher Arbeiten zum Ausbau der wirtschaftlichen Hilfsmittel Frankreichs zu stellen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Troquer, entwickelt in der Pariser Presse ein detailliertes Programm dieser Projekte, die mehr oder weniger ausschließlich auf Reparationskonto, d. h. mit deutscher Arbeit und deutschen Materiallieferungen durchgeführt werden sollen.

In erster Stelle dieses Programms steht der Ausbau der französischen Wasserkraft und ihre Umwandlung in elektrische Energie. Das bereits fertig ausgearbeitete Projekt umfaßt außer der Regulierung der französischen Flüsse Rhone, Dordogne, Tine, Verdon, Truère und Drac die Anlage großer elektrischer Kraftwerke und Stromverteilungsanlagen. Die Kosten dieses Teiles des Bauprogramms sind auf 8 Milliarden Franks veranschlagt, davon 1,4 Milliarden für Landerwerb, Generaluntkosten u. Provisionen, 6,6 Milliarden für die Ausführung der Arbeiten selbst. Das Eisenbahnprogramm sieht die Konstruktion einer Anzahl dieser Linien sowie unter Vorbehalt der englischen Zustimmung die Ausführung des seit vielen Jahren projektierten Tunnels unter dem Armetanal vor. Die Kosten des Tunnelbaues sind auf 840, die der übrigen Bahnlängen auf 800 Millionen Franks veranschlagt. Darüber hinaus sind für 3,2 Milliarden Franks Arbeiten vorgesehen zum Ausbau der französischen Seehäfen und weitere 5,8 Milliarden Franks für die Kanalisierung und Schiffbarmachung der französischen Binnengewässer. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 18,4 Milliarden Franks, die, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zum größten Teil von Deutschland bestritten werden sollen. Die französische Industrie soll in dem Maße an der Ausführung der Arbeiten und der Materiallieferungen beteiligt werden, als unter normalen Umständen, d. h., wenn diese Arbeiten lediglich auf Kosten des französischen Staates durchgeführt worden wären, auf sie entfallen wäre. Das ganze Projekt unterliegt gegenwärtig der Prüfung der Reparationskommission.

Waffenfunde.

Über die Aufdeckung eines Waffenlagers im Amte Calbörde erzählt der Braunschweiger Korrespondent der „Frf. Ztg.“ dem Minister Brauns am Montag zuverlässige Mitteilung über das Bestehen eines großen Waffenlagers in Uthleben, Amt Calbörde gemacht wurde. Er begab sich sofort an Ort und Stelle. Bei Durchsichtigung der Genossenschaftsbrennerei fand man in den verschiedenen Gebäuden mehrere neue Gewehre und Munition. In der Werkstätte wurden Maschinengewehre, sehr zahlreiche Gewehrschlösser, Mündungsstocke und andere Gewehrteile entdeckt. Gefunden wurde ferner ein Kasten mit Munition, eine große Menge neuer Gewehrriemen und Ladestreifen für Maschinengewehre. Endlich wurden trotz hartnäckigen Leugnens in einem Schuppen des Brennerietwärtlers einen halben Meter tief unter dem gestampften Lehmfußboden 198 Gewehre zutage gefördert. Au an anderen Stellen des Dorfes wurden Stahlhelme, Seitengewehre, sowie Uniformen und Ausrüstungsstücke in zum Teil beträchtlicher Zahl aufgefunden. Das Amt Calbörde ist rein landwirtschaftlich orientiert und eine Hochburg der Deutschnationalen. In der Bevölkerung war das Vorhandensein von Waffenlagern im Amte Calbörde längst offenes Geheimnis. Es wird behauptet, daß im Amte Waffen und Ausrüstungsgegenstände zur Mobilisierung einer ganzen Division verdeckt liegen sollen. Das Staatsministerium hat deshalb zur Beschleunigung und reiflichen Aufklärung des Falles den Staatsanwalt Dr. Wahnstrat mit der weiteren Verfolgung der Angelegenheit betraut. Dr. Wahnstrat hat sich sofort persönlich an Ort und Stelle begeben. Vom Staatsministerium sind umfassende Sicherungsmaßnahmen getroffen worden.

Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung von Postpaketen.

Wegen zeitgemäßer Heraushebung der Höchstgrenze, bis zu welcher die Post bei Verlust oder Beschädigung von Postpaketen den Schaden zu ersetzen hat, wandte sich die Hausbesitzer Kammer Heidelberg mit nachstehender Eingabe an das Reichspostministerium:

Nach § 9 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 sollte die Postverwaltung im Falle des Verlustes oder der Beschädigung von gewöhnlichen Paketen den wirklich erlittenen Schaden, jedoch niemals mehr als einen Taler (= 3 Mark) für jedes Pfund der Sendung zu ersetzen. Durch Gesetz vom 6. Mai 1920 wurde dieser Betrag auf 10 Mark erhöht. Bei dem heutigen Wert unseres Geldes kommt dies nahezu einer Ablehnung jeder Haftung gleich. Zur Rechtfertigung dieses Zustandes auf die Möglichkeit der Verwendung als Wertpaket — auch hier werden nur höchstens 500 Mark ersetzt — oder auf die Möglichkeit der Privatversicherung zu verweisen, erscheint uns nicht anständig. Abgesehen von den entsetzlichen Unkosten sind die Verpackungsvorschriften so schwierig zu erfüllen, daß unmöglich damit gerechnet werden kann, daß der Verluste allgemein dazu übergeht, sich auf diese Weise zu versichern. Die Beibehaltung des derzeitigen Entschädigungsschickes erscheint uns so ungerechtfertigter, als die Post selbst ihre Paketgebühren um nahezu das Doppelte erhöht hat. Die Eingabe schließt: Wir bitten hiernach dringend, unverzüglich dem Reichstage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch deren Annahme die Grenze, bis zu welcher bei Verlust gewöhnlicher Pakete der Schaden ersetzt werden muß, entsprechend erhöht wird.

Kurze polit. Nachrichten.

Zur Reichstagsauschuss für Volkswirtschaft wurde gestern bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide aus der Ernte 1922 ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung der Umlagemenge der Regierungsvorlage mit 2% Millionen Tonnen angenommen.

Badische Uebersicht.

Der badische Landtag

wird am morgigen Nachmittag dem Verfassungs-Forchheim der Badischen Landwirtschaftskammer einen kurzen Besuch abstatten. Dafür fällt der der Mannheimer Firma Brown & Boveri zugeordnete, welcher am 1. Juli stattfinden sollte, aus. — In nächster Woche tritt der Landtag an die Erledigung des umfangreichen Budgets des Arbeitsministeriums heran. Da die Wohnungstragen abgetrennt und bereits vor 14 Tagen im Plenum erledigt worden sind, dürfte es möglich sein, auch diesen Voranschlag innerhalb einer Woche in den Volltagungen des Landtags zum Abschluß zu bringen.

Dem Landtag ist der nachfolgende Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung

des Baues von Kleinwohnungen zugegangen. Er hat nur einen Artikel, welcher lautet:

Der Betrag von 1.000.000 Mark, der nach dem Gesetz vom 22. März 1921 über die staatliche Verpfändung von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen zur Verfügung des dem Staat aus den Bürgschaftsverträgen erwachsenden Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt worden ist, wird auf 1.500.000 Mark erhöht.

In der Begründung heißt es: Nach § 4 des Bürgschaftsicherungsgesetzes vom 6. Juli 1918 darf die Gesamthöhe der vom Staat zu übernehmenden Bürgschaften das 16fache der jeweils verfügbaren Bürgschaftssicherung nicht überschreiten. Der hierfür vorgesehene Betrag war zunächst nach § 3 des Gesetzes auf 500.000 Mark festgesetzt und wurde durch das Gesetz vom 22. März 1921 auf 1.000.000 Mark erhöht, sodas Bürgschaften bis zur Höhe von 15 Millionen übernommen werden konnten. Bis zum 31. März 1922 war der Grundstock mit 41,6 Millionen belastet, d. h. die Staatsschuldentragung hat Bürgschaften bis zu diesem Gesamtbetrage übernommen, so daß nunmehr noch etwa 8,4 Millionen möglich gemacht sind. Diese Summe reicht voraussichtlich für die derzeitige Bauperiode nicht aus, die seit Beginn der wärmeren Jahreszeit in erheblichem Umfang eingeleitet hat und damit auch eine starke Inanspruchnahme des Staates hinsichtlich der Bürgschaftsübernahmen bringen wird. Eine weitere Erhöhung des Grundstocks scheint daher geboten, damit nicht im Bedarfsfalle die Bautätigkeit durch seine Unzulänglichkeit aufgehalten wird.

Der Entwurf schlägt eine Erhöhung der Bürgschaftssicherung um weitere 500.000 Mark vor, wodurch die Bürgschaftsübernahme von insgesamt 22,5 Millionen möglich gemacht wird. Auch heute kann noch nicht überblickt werden, wie sich die Verhältnisse in der nächsten Zeit gestalten werden und in welchem Umfang der Staat künftig durch die Übernahme von Bürgschaften in Anspruch genommen wird. Dieser Sachlage wird es entsprechen, wenn man sich wie bei dem Gesetz vom 22. März 1921 wieder auf eine Erhöhung um 500.000 Mark beschränkt. Verbindlichkeiten sind dem Staat aus der Bürgschaftsübernahme, bisher nicht erwachsen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Erhöhung der Bürgschaftssicherung für Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues um weitere 500.000 Mark auf 1,5 Millionen vorschlägt, dadurch wird die Bürgschaftsübernahme von insgesamt 22,5 Millionen möglich gemacht. Verbindlichkeiten sind dem Staat aus der Bürgschaftsübernahme bisher nicht erwachsen.

DZ. Offenburg, 28. Juni. Gestern nachmittag fand auf dem hiesigen Marktplatz eine große Demonstration der freien Gewerkschaften und der drei sozialistischen Parteien statt. Für die Mehrheitssozialdemokraten sprach Bürgermeister Bühler, für die Unabhängigen Abgeordneter Durban und für die Kommunisten ein Herr Eichhorn. Stadtverordneter Durban verlas eine Resolution, in der die Auflösung des Reichstages und der Reichswehr, die Erhebung der letzteren durch eine Arbeiterwehr, Einführung des Volkswahlrechts usw. gefordert wurden. Die Resolution wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Abends fand in der Michelhalle eine von der demokratischen und der Zentrumspartei einberufene Versammlung statt, die gleichfalls gegen den Mord von Rathenau protestierte und zum Schutze der Republik aufrief. Die Versammlung

wurde geleitet von dem Demokraten Finanzrat Schmidt. Die eigentliche Ansprache hielt Landtagsabgeordneter Landgerichtsrat Klüger, der dem dahingemordeten Minister Rathenau einen tief empfundenen Nachruf widmete.

DZ. Singen, 28. Juni. Zum Protest gegen die Ermordung Rathenaus fanden gestern, nachdem um 3 Uhr nachmittags die Betriebe geschlossen waren, auf dem Rathaus- und Schulhausplatz Demonstrationen statt, an denen sich ca. 5000 Personen beteiligten. Vor dem Rathaus sprachen Redner der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei, vor dem Schulhaus solche des Zentrums und der Demokraten. Die Demonstrationen verliefen in vollster Ordnung.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratsitzung vom 22. Juni.

Erhöhung von Anlehenkrediten. Der durch die Gemeindebeschlüsse vom 9. Dezember 1921 und 29. März 1922 für die Erschließung des Geländes bei dem Anwesen der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe zu Industriezwecken bewilligte Anlehenkredit von 14.600.000 M. wird zufolge der inzwischen eingetretenen weiteren bedeutenden Wertsteigerung auf 33 Millionen Mark erhöht. Der Zinsausgleich wird um seine Zustimmung hierzu ersucht.

Erschließung von Industriegebäude. Das 37.000 Quadratmeter umfassende Gelände des Gemannes „Neubühl“ — südwestlich anschließend an den Westbahnhof — wird grundsätzlich für die Verwertung zu Industriezwecken in Aussicht genommen. Das Tiefbauamt wird beauftragt, nach vorheriger Genehmigung mit der Eisenbahngeneraldirektion hinsichtlich der geplanten Erweiterung des Westbahnhofs nach dieser Seite hin ein genaues Projekt nebst Kostenvoranschlag über die industrielle Erschließung dieses Gebietes anzuarbeiten.

Die Vorkommnisse am Dienstag. Der Polizeibericht meldet: Nach Beendigung der an sich ruhig verlaufenen Demonstration auf dem Marktplatz zogen einige jeweils mehrere hundert Mann starke Trupps junger Leute in verschiedene Stadtgebäude und verlangten die Befestigung der Hoflieferantenwappen und -Aufschriften sowie der Wappen studentischer Verbindungen und schwarz-weiß-roter Fahnen. Teilweise besetzten sie diese Gegenstände selbst und zerstörten oder beschädigten sie. Zu größeren Ausschreitungen kam es bei dem Landesbüro der Deutschnationalen Volkspartei in der Amalienstraße, an der Geschäftsstelle der „Süddeutschen Zeitung“ sowie an drei Häusern der Weststadt. Aus dem Büro der Deutschnationalen Volkspartei wurden Möbel und Akten herausgeworfen und beschädigt. In einigen Häusern der Weststadt wurden Türfenster und schwarz-weiß-rote Fahnen zerstört. Die Polizei war in kleineren Patrouillen über das ganze Gebiet der Stadt verteilt. Eine größere Zahl von Polizeibeamten wurde bereit gehalten und eilte, sobald irgendwo die Gefahr größerer Ausschreitungen drohte, an die betreffenden Stellen. Es konnten nicht alle Ausschreitungen verhindert werden. Die Tumultuanten in der Weststadt wurden mit Gewalt aus den Häusern entfernt und mit Hilfe von Bereitschaften zerstreut. Gegen 8 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt.

Städtisches Konzerthaus. Man schreibt uns: Die vorbereitenden Proben zu der Eröffnungsvorstellung der Operettenspiele „Alt-Wien“ haben bereits ihren Anfang genommen. Fast das gesamte Personal ist in ihrer Operette beschäftigt und hat Gelegenheit, sich dem hiesigen Publikum vorzustellen. Sowohl der Soubrette Herr Janewitz und der Sängerin

Marie Doree geht ein sehr guter Ruf voraus. In Toni Prener lernen wir eine Karlsruherin kennen, deren stimmlichen Mittel vielversprechend sind. Der Spielplan Erwin Kräcker hat eben in diesen Tagen die ihm anvertraute Partie in Wien am Karlsruher anlässlich eines Gastspiels mit hübschem Erfolge zur Geltung gebracht. Durch angenehmen lyrischen Tenor zeichnet sich Kurt Schill aus. Der Name Karl Boehl ist bereits vom Vorjahre in bester Erinnerung. Die Herren Walter Friebe, Theodor Knapp und Benno Nora sind ebenfalls hervorragend beschäftigt, wie die für hier neue komische Alle Hefese Wald. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Kapellmeisters Willy Buntun und wird die Operette von Herrn Direktor Alabert Steffter in Szene gesetzt.

Staatsanzeiger.

Die Frachtfähigkeit für Erpreßgut werden vom 1. Juli 1922 um 25 v. H. erhöht. Die Mindestfracht beträgt wie bisher 25 M.

Bekanntmachung.

Erhöhung der Verwaltungslostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen. Mit Ermächtigung des badischen Staatsministeriums wird zur Ausführung des Gesetzes über die Erhöhung der Verwaltungslostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen vom 3. Juni 1922 (R.-G.-Bl. Teil I S. 485) im Einverständnis mit dem badischen Finanzministerium und soweit erforderlich im Einverständnis mit dem Reichsminister der Justiz folgendes bestimmt:

Zu § 11 des Gesetzes: Als unter Staatsaufsicht stehende Kreditanstalt im Sinne des Gesetzes ist die Rheinische Hypothekendarlehenbank in Mannheim anzusehen.

Zu § 12 des Gesetzes: Es wird der Kreditanstalt freigestellt, die Zinsfahrbücher für diejenigen Darlehen, bei denen neben den Zinsen kein besonderer Verwaltungslostenbeitrag erhoben wird, nicht nach dem Kapitalstock des Tilgungsdarlehens, der sich nach dem für das Darlehen geltenden Tilgungsplan jeweils für das einzelne Jahr ergibt, sondern nach einem Durchschnittsbetrag unter Zugrundelegung eines Zeitraums von längstens zehn Jahren zu berechnen.

Karlsruhe, den 28. Juni 1922.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Leers.

Nur mit dem echten

Kathreiners

Malzkaffee



werden Sie wirklich sparen. Seit 30 Jahren erprobt. Der Gehalt machts!

NEUE FRAUENKLEIDUNG UND FRAUENKULTUR

Zeitschrift für persönliche, künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk.

Mit Schnittmusterbogen.

Die Gegenwart fordert von der Frau die tatkräftige Mitarbeit auf allen Kulturgebieten. Aus wirtschaftlichen, künstlerischen und nationalen Gründen ist es nicht mehr möglich, daß sie die Ausdrucksform ihres inneren Wesens, wie sie im Kleid, im Schmuck und im äußeren Gehen zur Erscheinung kommt, kritiklos übernimmt, was gerade von der Mode (meist vom Ausland her) empfohlen wird. Es gilt die deutsche Frau für die deutsche Geschmackskultur zu gewinnen.



Einfaches Festkleid mit gesticktem Gürtel.

Zu hornblumenblauer Frotteeseide wurde der Gürtel in bunter Wolle mit Kreuzstick gestickt. Das Kleid ist in einem Stück geschnitten. Halsauschnitt mit Paspelvorstoß gearbeitet. Ärmelsaum mit unsichtbarem Stichen festgehalten. Die Gürtelteile werden dem Kleide angeknüpft und an den Seiten mittels handgedrehter Schnur aus dem Stickereimaterial zusammengeknüpft.

Schnittmuster in 85, 90 und 98 cm Oberweite erhältlich. WK 804.

G. BRAUNSCHKE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
KARLSRUHE I. B., KARLFRIEDRICHSTR. 14

Badisches Konservatorium für Musik Karlsruhe.

Das Schuljahr 1921/22 schließt mit 12 öffentlichen Schüler-Vortragsabenden. Anfang 1. Juli, Ende 14. Juli. Die Abende vom 1., 3., 5., 11. Juli mit Vorträgen der Jüngeren im Saale des Konservatoriums, Sofienstr. 43, alle übrigen (am 4., 6., 7., 8., 10., 12., 13. Juli) im kleinen Saal der Festhalle, die Schlussfeier in Form eines Kirchenkonzerts am 14. Juli in der Schlosskirche. Beginn der Abende um 6 Uhr, ausgenommen die Aufführung vom 6. Juli, die schon um 7 1/2 Uhr stattfindet. Programme einschließlich Eintrittsberechtigung und Steuer das Stück 7 Mk. sind in den Musikalienhandlungen von Doert, Müller, Neufeldt, Tafel erhältlich.

Badisches Landestheater.

Freitag, 30. Juni. 7-10 Uhr. 55 Mk.

Volkshühne J 7.

Martha oder Der Markt von Richmond.

Buchhalter-Stelle.

Beim Stadtkontrollamt ist die neu geschaffene planmäßige Stelle eines Buchhalters alsbald zu besetzen. Bewerber, die in der kameralistischen Buchhaltung und im Gemeinde- und Stiftungsrechnungswesen erfahren sind, mit längerer praktischer Tätigkeit in der Buchführung wollen sich alsbald schriftlich melden unter Darlegung ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Beschäftigung.

Nebengehältsfähige Anstellung nach der städtischen Besoldungsordnung. Einreichung in die Besoldungsordnung nach Vorbildung und Leistung. A. 373

Bruchsal, den 22. Juni 1922.

Der Oberbürgermeister:

Dr. Reifer. Strothauer.

Revisionsbeamten-Stelle.

Beim städtischen Rechnungsbureau ist die planmäßige Stelle eines Revisionsbeamten durch einen im Rechnungs- und Revisionsdienst erfahrenen Beamten alsbald zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich unter Darlegung ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Beschäftigung alsbald schriftlich melden. A. 374

Nebengehältsfähige Anstellung nach der städtischen Besoldungsordnung. Einreichung in die Besoldungsordnung nach Vorbildung und Leistung.

Bruchsal, den 22. Juni 1922.

Der Oberbürgermeister:

Dr. Reifer. Strothauer.

O. 51. Durlach. In dem ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über den vom Gemeindefiskus gemachten Vergleichsvorschlag Termin vor dem

Städt. Konzerthaus.

Gesamtgastspiel des Neuen Operetten-Theaters Bonn.

Leitung: A. 380

Direktor Adalbert Steffter.

Samstag, den 1. Juli 1922,

abends 7 1/2 Uhr

Eröffnungs-Vorstellung

Alt-Wien

Operette in 3 Akten von

Josef Lanner.

In Szene gesetzt von Direktor

Adalbert Steffter.

Sonntag, den 2. Juli 1922,

nachm: 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr

Alt-Wien

Operette in 3 Akten von

Josef Lanner.

In Szene gesetzt von Direktor

Adalbert Steffter.

Sonntag, den 2. Juli 1922,

nachm: 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr

Alt-Wien

Operette in 3 Akten von

Josef Lanner.

In Szene gesetzt von Direktor

Adalbert Steffter.

Sonntag, den 2. Juli 1922,

nachm: 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr

Alt-Wien

Operette in 3 Akten von

Josef Lanner.

In Szene gesetzt von Direktor

Adalbert Steffter.

Sonntag, den 2. Juli 1922,

nachm: 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr

Alt-Wien

Operette in 3 Akten von

Josef Lanner.

In Szene gesetzt von Direktor

Adalbert Steffter.

Sonntag, den 2. Juli 1922,

nachm: 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr

Alt-Wien

der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Durlach, 26. Juni 1922.

Der Gerichtsschreiber.

Gemeinfamer Binnen-

tarif der deutschen Eisen-

bahn-Betriebs-Gesellschaft

(bad. Nebenbahnen).

Zfv. 79.

Am 1. Juli 1922 werden

im Verkehr mit Stationen

der Nebenbahnen Achern—

Ottensheim, Wiberach—

Oberhammersbach, Halingen—

Kandern, Strözingen—

Münsterthal—Sulzburg,

Mosbach—Mudau, Ober-

scheffenz—Billigheim und

Rhein—Ettlenheim münster

die Frachtfähigkeit im Erpreß-

gut, Tier- und Güterver-

kehr entsprechend dem Vor-

gehen der Reichsbahn um

25 v. H. erhöht. Feste

Tarifzuschläge werden von

dieser Erhöhung nicht be-

troffen. Das alsbaldige

Zutritttreten der Tarif-

erhöhungen gründet sich

auf die vorübergehende

Änderung des § 6 der Ei-

senbahn-Betriebs-Ordnung

(R.-G.-Bl. 1914 S. 455).

Berlin, 26. Juni 1922.

Deutsche Eisenbahn-Betriebs-

Gesellschaft Aktiengesellschaft.

Binnentarif der Neben-

bahn Wädmihl—Dörzbach

(Jagttalbahn).

Zfv. 140.

Am 1. Juli 1922 werden

im Verkehr mit Stationen

der Nebenbahn Wädmihl—

Dörzbach die Frachtfähig-

keit im Erpreßgut, Tier- und

Güterverkehr entsprechend

dem Vorgehen der Reichs-

bahn um 25 v. H. erhöht.

Feste Tarifzuschläge werden

von dieser Erhöhung nicht

betroffen. Das alsbaldige

Zutritttreten der Tarif-

erhöhungen gründet sich

auf die vorübergehende Än-

derung des § 6 der E.-B.-O.

(Reichsgesetzbl. 1914 S. 455).

Berlin, 26. Juni 1922.

Deutsche Eisenbahn-Betriebs-

Gesellschaft Aktiengesellschaft.